

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.05.2023

Inhalt

EWN

1 LNG auf Rügen: „Bund muss mögliche Folgen abfedern“ <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 23.05.2023</i>	3
2 Umfrage: Firmen aus MV wieder optimistischer <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 23.05.2023</i>	4
3 Nach der Abschaltung ist vor dem Rückbau <i>tagesspiegel.de, 22.05.2023</i>	5
4 Bauschutt aus dem KKV darf auf Braker Deponie gelagert werden <i>norderlesen.de (Nordsee-Zeitung), 22.05.2023</i>	7

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 23.05.2023 | S. 13-SEITE 13

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

LNG auf Rügen: „Bund muss mögliche Folgen abfedern“

Bergen. Der oberste Touristiker von Mecklenburg-Vorpommern fordert vom Bund Unterstützung für seine Branche, sollte auf Rügen das geplante Terminal für Flüssigerdgas (LNG) gebaut werden. „Dann sind aus unserer Sicht die Folgen für den Tourismus sehr schnell zu evaluieren“, sagte der Chef des Landestourismusverbandes, Tobias Weitendorf. Die Bundesregierung müsse helfen, mit etwaigen Auswirkungen umzugehen.

Seiner Meinung sieht es derzeit so aus, als würde der Bund die LNG-Pläne auf Rügen umsetzen. Sollten diese – in der Annahme, es könne doch noch eine Mangel-lage entstehen – unabdingbar und alternativlos sein, dann müsse das Verursacherprinzip gelten. Folgen für den Tourismus müssten dann vom Bund abgedeckt werden. Aus einer wissenschaftlichen Untersuchung müssten dann Maßnahmen abgeleitet werden. Dabei gehe es möglicherweise um Geld für die Insel, aber

auch Hilfe bei der Kommunikation.

Der Landestourismusverband sieht die LNG-Pläne und den Tourismus nicht als vereinbar an, schon gar nicht mit Blick auf das ursprünglich rund fünf Kilometer vor Sellin geplante Terminal – also als Kulisse für die Ostseebäder, wie Weitendorf sagte. Dass der Bund von diesem Plan abgerückt sei, wertete er als Teilerfolg für Rügen.

Zur Debatte um das Terminal sagte der Verbandschef: „Die Fronten sind verhärtet.“ Auf der einen Seite stehe die totale Ablehnung bis hin zu rechtlichen Mitteln, die in Stellung gebracht würden.

Auf der anderen Seite stünden diejenigen, die dafür plädierten, der Realität ins Auge zu sehen, nämlich der offensichtlichen Absicht des Bundes, in abgespeckter Form in Mukran ein Terminal zu bauen. *dpa*

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 23.05.2023 | S. 12

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 wagner.winfried

Umfrage: Firmen aus MV wieder optimistischer

Die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern schauen trotz hoher Inflation und der Fachkräfteprobleme wieder etwas optimistischer in die Zukunft. Das geht aus der Fröhsommer-Konjunkturumfrage der drei Industrie- und Handelskammern im Nordosten hervor, wie die Neubrandenburger IHK am Montag mitteilte.

Demnach beurteilten landesweit 40 Prozent der Firmen ihre Geschäftslage als gut, sechs Prozentpunkte mehr als im Frühjahr 2023. Nur elf Prozent der Firmen beurteilten die Geschäftslage derzeit als schlecht, im Frühjahr waren es 17 Prozent. 49 Prozent sehen die Geschäftslage als befriedigend an. Als größte Risiken wurden von 73 Prozent der Firmen die Energie- und Rohstoffpreise genannt. Danach folgten mit 54 Prozent der Mangel an Arbeitskräften sowie mit 53 Prozent die Arbeitskosten, zu denen Löhne, Steuern und weitere Abgaben gerechnet werden. 13 Prozent der Firmen woll-

ten wieder mehr Arbeitsplätze schaffen, ein Prozentpunkt mehr als im Frühjahr. Für die Umfrage wurden rund 6000 Unternehmen befragt, von denen den Angaben zufolge knapp 900 geantwortet haben.

Im Osten des Landes, wo die IHK Neubrandenburg rund 25 000 Firmen vertritt, habe sich die Wirtschaft stabilisiert, hieß es. Hier sprachen 41 Prozent der Unternehmen von einer „guten Geschäftslage“, 48 Prozent von „befriedigender Lage“. „Ein kräftiger Aufschwung ist nach den Krisen seit 2020 zwar nicht in Sicht, aber mit vorsichtigem Optimismus verdrängt die regionale Wirtschaft die Krisenstimmung“, sagte Torsten Haasch, Hauptgeschäftsführer der IHK Neubrandenburg. Dennoch lägen die Erwartungen etwa 14 Prozentpunkte unter dem langjährigen Schnitt. Bei Investitionen zeigten sich die Firmen eher noch zurückhaltend. Winfried Wagner

tagesspiegel.de | 22.05.2023

Johann Köppel

WEBLINK

Nach der Abschaltung ist vor dem Rückbau

Seit der Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke am 15. April 2023 wird in Deutschland kein Atomstrom mehr produziert. Der Rückbau aller Kraftwerke aber wird uns noch viele Jahrzehnte begleiten – und ihre strahlenden Hinterlassenschaften die kommenden Generationen über eine Million Jahre belasten. Die aus dieser Perspektive recht kurze Geschichte der Nutzungsphase von Atomenergie ist dagegen schnell erzählt.

Seit der Inbetriebnahme der ersten Leistungsreaktoren in den 1960er-Jahren ist der erwartete energiewirtschaftliche Durchbruch der Atomenergie ausgeblieben: Statt kostengünstiger zu werden, wurde Strom aus Kernkraftwerken systematisch teurer. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ländern, die noch größere Serien von Kraftwerken gebaut hatten, insbesondere in Frankreich und den USA. Auch der Traum einer „Plutoniumökonomik“ mit schnellen Brutreaktoren und theoretisch unendlichen, sich selbst „erbrütenden“ Ressourcen erfüllte sich nicht.

Der Anteil der Atomenergie am Strommix war in Deutschland und weltweit seit Jahren rückläufig. 2021 lag der Anteil erstmals seit Jahrzehnten wieder unter zehn Prozent. Angesichts des hohen Durchschnittsalters der weltweiten Kernkraftwerksflotte von mehr als 33 Jahren ist in den nächsten Jahrzehnten mit einem weiteren Bedeutungsverlust zu rechnen. Obwohl manche Medienberichte einen weltweiten Boom der Atomenergie suggerieren, laufen tatsächlich nur gut 50 Neubauprojekte – einige davon, wie im französischen Flamanville, mit großer Verzögerung.

In Deutschland wird die Atomwende nach der Abschaltung nun mit dem Rückbau fortgesetzt. Damit betreten wir weitestgehend Neuland. Denn auf der Welt wurde bisher nur eine Handvoll großer Kernreaktoren vollständig zurückgebaut. Mehr als 200 Reaktoren verharren dagegen, teilweise seit Jahrzehnten, im „langfristigen Einschluss“ oder werden nur sehr langsam zurückgebaut. In Lubmin, wo das größte deutsche Kernkraftwerk steht, wird der Rückbau voraussichtlich bis in die 2060er-Jahre dauern.

Und wohin dann mit den nuklearen Abfällen? Die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle ist eine generationenübergreifende Aufgabe. Auch in Berlin spielt die Zwischenlagerung solcher Abfälle eine Rolle, und Forschungsreaktoren am Standort Wannsee haben ihres Rückbaus.

In Deutschland verzögert sich bislang vor allem die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle. Stetig wachsen jedoch die Abfallmengen in den Zwischenlagern. Nachdem die einstige Festlegung auf das Endlager Gorleben in den 1970er-Jahren nicht mehr zu halten war, geht die Suche seit 2017 im Rahmen einer neuen gesetzlichen Regelung weiter. Bereits in einer ersten, deutschlandweiten Vorsondierung der möglichen Standorte schied der Salzstock Gorleben als ungeeignet aus.

Nun soll laut Standortauswahlgesetz in einem „partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahren [...] ein Standort mit der bestmöglichen Sicherheit [...] für eine Million Jahre“ gefunden werden. Doch auch nach Verschluss soll das Endlager noch 500 Jahre lang für eine Rückholung der Abfälle über ein Bergwerk zugänglich bleiben, das dann neu errichtet werden muss.

Besonders kritisch diskutiert wird derzeit die Verzögerung des Zeitplans. Die ursprünglich für das Jahr 2031 geplante Standortentscheidung soll nun laut Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) bis weit in die Mitte des Jahrhunderts verschoben werden. Das aber entfacht den Streit um die „verlängerte Zwischenlagerung“ an den 16 dezentralen Zwischenlagerstandorten erneut. Viele Menschen in Deutschland werden damit bis an ihr Lebensende neben einem Lager für hochradioaktive Abfälle wohnen.

Die Kosten werden unterschätzt

Die Verschiebung dürfte auch finanzielle Auswirkungen haben. 2017 wurde ein Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (KENFO) eingerichtet. Der Fonds, in den die Betreiber der Kernkraftwerke

insgesamt knapp 24,5 Milliarden Euro einzahlten, sollte über die nächsten Jahrzehnte die Finanzierung ohne staatliche Zuschüsse sicherstellen. Jedoch dürfte auch hier, wie schon beim Neubau von Kernkraftwerken, gelten, dass Kosten in der Atomindustrie strukturell unterschätzt werden.

Die Sorge besteht, dass, ähnlich wie im Vereinigten Königreich wegen der schlechten Performance des „Nuclear Liabilities Fund“ geschehen, Kosten auf die Allge-

meinheit umgelegt werden, und zukünftige Steuerzahlende die Hinterlassenschaften und Ewigkeitslasten finanzieren müssen.

Das Thema Atomenergie wird uns also erhalten bleiben; der Ausstieg aus der Atomenergie ist mitnichten am 15. April 2023 geschehen. Wirklich feiern können unsere Nachfahren wohl erst um die kommende Jahrhundertwende, wenn alle radioaktiven Abfälle sicher und endgültig eingelagert worden sind.

 norderlesen.de (Nordsee-Zeitung) | 22.05.2023

 WEBLINK

Bauschutt aus dem KKK darf auf Braker Deponie gelagert werden

Bis zu 100 Tonnen Bauschutt aus dem Kernkraftwerk Unterweser dürfen auf der Mülldeponie in Brake-Käseburg eingelagert werden. Gegner beklagen eine „unverständliche Entscheidung hinter verschlossenen Türen“.

Nun steht es fest: Auf der Deponie Käseburg in Brake darf Abbruchmaterial aus dem Kernkraftwerk Unterweser abgelagert werden. Das hat jetzt das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz mitgeteilt. Nach intensiver Prüfung aller Aspekte sei der Freigabebescheid an die Kraftwerksbetreiberin Preußen Elektra GmbH erteilt worden.

Darüber freut sich die aus Berne stammende SPD-Landtagsabgeordnete Karin Logemann. Sie teilte am Montag mit: „Wie ich heute aus dem Ministerium erfahren habe, wurde nach intensiver Prüfung aller Aspekte und Einwendungen der Freigabebescheid an den Landkreis Wesermarsch mit restriktiveren Auflagen erteilt. Danach dürfen Schüttgüter, Feststoffe und Betonstrukturteile des AKW Unterweser auf der Deponie Brake-Käseburg beseitigt werden.“

Schutt muss in geschlossenen Behältern angeliefert werden. Dabei sei zu betonen, dass es für die Lagerung strengste Auflagen und Vorsichtsmaßnahmen gibt. „Zum Beispiel muss der Schutt in geschlossenen Behältern angeliefert, in einer Randlege deponiert und sofort eingebaut und abgedeckt werden. Das alles innerhalb kürzest möglicher Zeit,“ so die Politikerin.

Sie betont, dass „schwach- und mittelradioaktive Abfälle“ nicht nach Käseburg kämen, sondern in die Zwischenlager Unterweser 2 und Unterweser 1. Die hochradioaktiven Brennelemente kämen in das Brennelement-Zwischenlager Unterweser der bundeseigenen BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung.

Karin Logemann ist der Ansicht, dass die Bedenken der Bürgerinitiative, sowie der Menschen aus der Region, aufgenommen und geprüft worden seien, und zwar in einem sehr umfangreichen Maße.

„Unverständliche Entscheidung hinter verschlosse-

nen Türen“ Harry Grotheer, Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Deponierung, sieht das anders: „Mir fehlen im Augenblick noch die Worte, denn zuletzt hatte noch der derzeitige Umweltminister Meyer Information zugesagt. Unverständlich diese Entscheidung hinter verschlossenen Türen“, lässt er wissen.

Die Deponierung von Abbruchmaterial aus dem Atommeiler in Esenshamm, der seit 2011 nicht mehr zur Stromerzeugung genutzt und seit 2018 demontiert wird, ist umstritten. Bürger und Umweltverbände verweisen auf die Strahlungsgefahren für Mensch und Tier. Gleichwohl hat das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz jetzt entschieden, dass insbesondere Dämmmaterial, Schüttgüter, Feststoffe und Betonstruktur-Teile des Kernkraftwerkes Unterweser auf der Deponie in Käseburg gelagert werden dürfen. Sie sei dafür strahlenschutztechnisch geeignet, heißt es in der Erklärung des stellvertretenden Pressesprechers des Ministeriums, Korbinian Deuchler.

10.000 Tonnen Abbruchmaterial höchstens. Er weist darauf, dass im Freigabebescheid für Preußen Elektra die Vorschläge der Sachverständigen des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) Nord festgeschrieben worden sind. Damit seien insbesondere „restriktivere Aktivitätsbegrenzungen“ festgesetzt worden. Insgesamt dürften 10.000 Megagramm (Tonnen) Abbruchmaterial aus dem Kernkraftwerk im Braker Ortsteil Käseburg eingelagert werden - pro Jahr nicht mehr als 100 Tonnen. Das Material dürfe grundsätzlich nur in dafür geeigneten und geschlossenen „Big-Bags“ (große Taschen) transportiert werden. Die Behandlung der „Big-Bags“ müsse nach den Vorgaben für asbesthaltige Stoffe erfolgen. Darüber hinaus müssten die Entladung und der sofortige Einbau sowie die Abdeckung des leicht strahlenden Materials mit Hilfe eines Radladers erfolgen.